

Treuhandanstalt | 06.11.2014 | Lesezeit 4 Min.

"Es gab nicht mal Telefone"

Eckart John von Freyend (72) war von 1990 bis 1995 als Ministerialdirektor im Bundesfinanzministerium für die Rechts- und Fachaufsicht der Treuhand zuständig, die die knapp 8.000 ehemaligen DDR-Betriebe privatisierte. Er weiß, warum der Verkauf der Unternehmen nicht mit einem Plus, sondern einem gewaltigen Minus für die Staatskasse endete.

Herr John von Freyend, als Sie Ende 1990 Ihr Amt angetreten haben, haben Sie damals wirklich geglaubt, dass sich die Wiedervereinigung quasi von selbst finanziert?

Jedenfalls haben wir das nicht vollkommen ausgeschlossen, wir haben zunächst einmal den Zahlen geglaubt, die damals in der Welt waren. Im November 1990, unmittelbar nach der Wiedervereinigung, gab es ja eine große Euphorie - nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch. Viele westliche Unternehmen haben in der DDR das Sprungbrett in den Osten, in die Sowjetunion gesehen.

Und wann haben Sie selbst das erste Mal geahnt, dass die Wiedervereinigung nur mit großen finanziellen Lasten zu bewerkstelligen ist?

Das haben wir relativ bald geahnt, wir haben ja von Tag zu Tag dazugelernt. Zunächst einmal gab es damals eine vollkommene Kommunikationsbrache, in den ehemaligen DDR-Unternehmen gab es nicht einmal funktionierende Telefone. Erst im Dezember 1990 hat man dann das Stasi-Telefonnetz entdeckt, mit dem man dann zumindest in die Bezirkshauptstädte telefonieren konnte. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten wir gar keine echte Vorstellung, wie viele Unternehmen es in den neuen Bundesländern gab und in welcher Verfassung sie waren. Wir hatten nur eine erste Andeutung von den Problemen, da es im Herbst 1990 zu einer großen Liquiditätskrise gekommen war: Nach der Währungsunion misstrauten sich die Unternehmen gegenseitig so sehr, dass die Bundesregierung kurzfristig Bürgschaften bis zu einem Volumen von 35 Milliarden D-Mark allein zur Liquiditätsstützung der Beteiligungsunternehmen zur Verfügung stellen musste.

Wie gut haben Sie die 8.000 Unternehmen, die die Treuhand privatisieren oder veräußern sollte, selbst kennengelernt?

Im Bundesfinanzministerium hatten wir in erster Linie Kontakt zur Treuhandanstalt und zu wenigen großen Unternehmen, den großen Privatisierungs- und Sanierungsfällen.

Gibt es einen Betrieb, bei dem Sie sagen würden: Hier ist uns die Privatisierung voll und ganz gelungen?

Das kann man so nicht kategorisieren. Jedes Unternehmen, das längerfristig fortgeführt wurde, war ein Erfolg der Privatisierungs- und Sanierungsarbeit der Treuhandanstalt.

Und umgekehrt? Gibt es einen Betrieb, den die Treuhand hätte retten können?

Bei dieser unvorstellbaren Fülle von Privatisierungs-, Sanierungs- und leider auch Abwicklungsvorgängen, die die Treuhand in kurzer Zeit vornehmen musste, wird man

in jedem Einzelfall sagen können, man hätte es noch besser machen können - wenn man dafür Jahre Zeit gehabt hätte.

Bis heute sind die neuen Bundesländer ökonomisch noch weit entfernt von den „blühenden Landschaften“, wie sie Helmut Kohl damals versprochen hat. Wie lange wird es noch dauern, bis Ost und West wirtschaftlich gleichauf sind?

Da würde ich zurückfragen: Was glauben Sie, wie lange es noch dauert, bis das Saarland oder Schleswig-Holstein sich an Bayern oder Württemberg angenähert haben? Wir haben nun einmal dauerhafte Unterschiede zwischen den Bundesländern aufgrund unserer föderalen Strukturen und die sind nicht von Nachteil, sondern Ausdruck einer lebendigen Wettbewerbsstruktur. Die Hochschulen in den neuen Bundesländern beispielsweise haben zuletzt eine erfreuliche Attraktivität und Sogkraft entwickelt, gerade auch für junge Leute aus dem Westen. Möglicherweise entsteht im Osten momentan eine Innovationskultur, die der westlichen deutlich überlegen ist.

Sie waren fünf Jahre lang Ministerialdirektor. Mit welchem Gefühl haben Sie diesen Posten 1995 aufgegeben?

Wir wussten alle, dass das Ende der Treuhandanstalt nicht das Ende der Integrationsbemühungen darstellt. Aber ich bin mit dem Gefühl gegangen, dass ein großer Teil der Aufgabe erledigt ist - und zwar unumkehrbar. Zu wissen, dass wir die Zukunft Deutschlands nicht mit tausenden von Staatsunternehmen belasten müssen, war eine sehr befriedigende Vorstellung.

Ursprünglich war man davon ausgegangen, dass der Verkauf der DDR-Staatsbetriebe Geld in die Staatskasse spült. Tatsächlich beendete die Treuhandanstalt ihre Arbeit mit einem Defizit von

mehr als 200 Milliarden D-Mark. Hat man Ihnen oder Birgit Breuel, der Treuhand-Präsidentin, das jemals angelastet?

Nein, wir haben die Verluste schließlich nicht gemacht. Wir haben allenfalls unseren Beitrag dazu geleistet, sie transparent zu machen und neue, bessere Lösungen zu finden. Es hat zwar parlamentarische Untersuchungsausschüsse gegeben, in denen einzelne Fehlentwicklungen untersucht worden sind; die galten aber – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nicht den Mitarbeitern der Treuhandanstalt oder den beteiligten Bundesministerien. Die Arbeit der Treuhandanstalt wurde vielfältig dokumentiert und durch Wirtschaftsprüfer und weitere Gutachter überprüft. Auch wenn man in der Nachschau vielleicht nicht von „blühenden Landschaften“ sprechen kann, so sind doch herausragende Fortschritte bei der Neuordnung einer maroden sozialistischen Planwirtschaft erzielt worden. Diese Entwicklung hat mit dazu beigetragen, dass die Bundesrepublik Deutschland die Herausforderung der Finanzkrise als Klassenbester in Europa gemeistert hat.

Kernaussagen in Kürze:

- Der ehemalige IW-Präsident weiß, warum der Unternehmensverkauf nicht mit einem Plus, sondern einem gewaltigen Minus für die Staatskasse endete.
- Tatsächlich beendete die Treuhandanstalt ihre Arbeit mit einem Defizit von mehr als 200 Milliarden D-Mark.
- Auch wenn man in der Nachschau vielleicht nicht von „blühenden Landschaften“ sprechen kann, so sind doch herausragende Fortschritte bei der Neuordnung einer maroden sozialistischen Planwirtschaft erzielt worden.